




Gespräch zwischen Staatsministerin Grütters und Deutscher Content Allianz in Berlin

Gespräch zwischen Staatsministerin Grütters und Deutscher Content Allianz in Berlin
Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, und Vertreter der Deutschen Content Allianz haben sich am (gestrigen) Dienstag im Bundeskanzleramt zu Beratungen über die Bedeutung medialer Inhalte in einem digitalen Umfeld getroffen.
Staatsministerin Monika Grütters sagte nach dem Gespräch: "Wir sind uns einig, dass in der Diskussion über die digitale Agenda allzu oft die technische Perspektive dominiert. Uns geht es um die Inhalte, um die Werte in unserer digitalen Gesellschaft, die allzu oft im Rausch des technisch machbaren unterzugehen drohen. Neben dem Ausbau technischer Infrastrukturen für eine zukunftstaugliche Wirtschaft müssen gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen für Inhalte den Bedingungen der digitalen Welt angepasst werden. Um die Vielfalt medialer Inhalte zu sichern, müssen die Rahmenbedingungen für kreatives Schaffen stimmen. Ein starkes Urheberrecht zählt genauso dazu, wie die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen oder der gesicherte Transport und die Auffindbarkeit von Inhalten im Netz. Weil die rasante technologische Entwicklung zu einer Schieflage in der Wahrnehmung geführt hat, ist es unser gemeinsames Anliegen, das öffentliche Bewusstsein immer wieder für die kulturelle und gesellschaftliche Relevanz der Inhalte zu schärfen, eben weil unsere Gesellschaft von der kulturellen und medialen Vielfalt lebt."
Als eine "ermutigende Weichenstellung für die Zukunftsperspektiven der Kultur- und Kreativwirtschaft" begrüßte Jürgen Doetz für die Deutsche Content Allianz (DCA) die Aussagen der Kulturstaatsministerin. Die Digitalisierung eröffne den in der DCA vereinten Branchen enorme Zukunftschancen, die bisher in der Politik nicht hinreichend berücksichtigt würden. Zentrale Forderung der DCA sei deshalb ihre umfassende Einbindung in die Digitale Agenda der Bundesregierung, die nicht auf Telekommunikations- und Infrastrukturinteressen verkürzt werden dürfe. Aus gesellschaftspolitischen und ökonomischen Gründen dürften die Inhalteanbieter in Brüssel und Berlin nicht ausgeschlossen oder diskriminiert werden.
Am Gespräch teilgenommen haben: Knut Boeser (Vorstand des Verbandes Deutscher Drehbuchautoren), Tom Buhrow (Intendant WDR), Jürgen Doetz (Bevollmächtigter des Vorstandes des Verbandes Privater Rundfunk und Telemedien VPRT), Dieter Gorny (Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Musikindustrie), Dr. Harald Heker (Vorstandsvorsitzender der GEMA), Manuela Stehr (Präsidentin der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft), Alexander Thies (Vorstandsvorsitzender der Produzentenallianz), Peter Weber (Justitiar ZDF), Claus Grewenig (Geschäftsführer des VPRT).
Die Deutsche Content Allianz hat sich 2011 als Interessengemeinschaft der Kultur- und Medienwirtschaft in der digitalen Welt gegründet. Sie soll zur Stärkung des Schutzes und der Akzeptanz medialer Inhalte als Basis für eine angemessene Wertschöpfung in der Informations- und Wissensgesellschaft beitragen. Sie vertritt die Bereiche Film, Buch, Musik, Presse und Rundfunk.
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstr. 84
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 272-0
Telefax: 030 18 10 272-0
Mail: internetpost@bundesregierung.de
URL: <http://www.bundesregierung.de/> 

Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

bundesregierung.de/
internetpost@bundesregierung.de

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".